

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,50 M., im voraus zahlbar, Postbezug 4,32 M., einschließlich 60 Pf. Postgebühren- und 72 Pf. Postbefreiungsbühren, Kostenab- abonnements 6,- M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg- lich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Nebenbeilagen für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, „Illustrierte Beilagen“, „Welt und Zeit“ und „Kinderfreund“, ferner „Frauenstimme“, „Lohn“, „Bild in die Zukunft“, „Jugend-Vorwärts“ und „Stadtblätter“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konparativgröße 60 Pfennig, Reklameweile 5,- Reichs- mark, „Kleine Anzeigen“ das abge- druckte Wort 25 Pfennig (zweiwöchig zwei- fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig, Seelenanzeigen das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen Seite 60 Pfennig, Anzeigenannahme im Haupt- geschäft Lindenstraße 3, wochentäg- lich von 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bis 12 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhofs 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 66. Dr. B. u. Dis.-Gef., Postfach 10000 Berlin 3.

## Neue Seelenwanderung. Oder: Die verschwundenen Demokraten.

In den Reichen des fernen Ostens lebt noch immer der Glaube an die Seelenwanderung. Die naiven Ge- müter sind davon überzeugt, daß die Seele des Abgeschiede- nen in irgendeiner Gestalt wieder auf der Erde erscheine, wo- bei nicht feststeht, daß das nur ein einziges Mal geschehe und die neue Gestalt unbedingt die eines Menschen sein müsse.

An diesen Glauben wird man unfreiwillig erinnert, wenn man die neueste politische Gründung, die „Deutsche Staatspartei“, betrachtet. In ihrem verschwommenen Pro- gramm und ihrem noch verschwommeneren Willen soll, so fordert es der Wille des „Führers“ Erich Koch-Weser, die Seele der von ihm höchst persönlich vom Leben zum Tode beförderten „Deutschen Demokratischen Partei“ wieder auferstehen und bis zum nächsten Sterben auf dieser Erde pilgern.

Ueberblickt man heute die „öffentliche Meinung“, wie sie sich in den Spalten der Presse widerspiegelt, so findet das Neue allerdings sehr wenig herzhliche Begrüßung. Das liegt vielleicht zum Teil daran, daß jener orientalische Glaube in Deutschland nicht mehr vorherrschend ist, zum anderen aber an der unbezweifelbaren Tatsache, daß die alten freisinnigen Führer der Demokraten das Ansehen ihrer Partei selbst auf das Neueste heruntergewirtschaftet hatten.

Es ist kennzeichnend, daß die sachlich wärmste Begrüßung der neuen „Staatspartei“ nicht in den bisher demo- kratischen Blättern zu finden ist, sondern in der sozialreaktionä- ren, der Schwerindustrie gefälligen „Deutschen Allgemeinen Zeitung“. Dort heißt es wörtlich:

„Von unserem staatspolitischen Standpunkt aus können wir die Sammlung aus der bürgerlichen Linken begrüßen, sofern eben nicht ein Wanders zur Rettung der versinkenden demokratischen Partei beabsichtigt ist, sondern die Gründung einer neuen größeren Organisation, die aus den alten Parteigebilden von rechts und links Zulauf erfahren wird, wie es uns auch selbstverständlich erscheint, daß manche Teile der bisherigen Demokratischen Partei sich davon ab- wenden werden... Wenn eine parteimäßige Zusammenfassung des liberalen Volksteils diesmal noch nicht voll- kommen zu erreichen ist, so liegt doch hoffentlich in der Deutschen Staatspartei der erste Anfang dazu. Darüber hinaus wird unser Vorschlag eines allgemeinen bürgerlichen Nichtangriffspaktes an sehr vielen Stellen des Landes ohne weiteres zu verwirklichen sein.“

Die Hoffnung, daß das neue Parteigebilde auch von links her Zulauf bekommen würde, haben die Gründer dieser Partei selbst nicht einmal zu äußern gewagt. Sie sind zweifellos davon überzeugt, daß der feste Block der Sozialdemokratie auch nicht durch den neuen staats- parteilichen Luftballon erschüttert werden könnte. Um so mehr, als die demokratischen Führer selber das Gefühl für die Situation haben dürften, daß sie durch die Ausgabe ihres bisherigen Parteinarbens den Begriff der Demokratie ganz allein der Sozialdemo- kratischen Partei überlassen haben, die ihn seit mehr als 60 Jahren unverändert in ihrem politischen Wappen und ihrem politischen Tun führt. In Zukunft wird jedermann, wenn er das Wort Demokratie hört oder liest, unwill- kürlich an die Sozialdemokratie denken müssen. Da nun die einzige bürgerliche Partei, die wenigstens seit 1918 sich demokratisch nannte, infolge des Staatsstreichs ihres Führers von der Bildfläche verschwunden ist.

Unabhängig von jeder Schwärmerie stellt das Organ des Jungdeutschen Ordens den Selbstmord der Demokra- tischen Partei in den Mittelpunkt der Erörterung, wenn es schreibt:

„Mit dem Aufruf für die Deutsche Staatspartei ist ein ganz neuer Weg beschritten worden. Der Weg beginnt mit der Sprengung einer alten Partei.“

Die, die wir zu wissen glauben, von den Vorverhand- lungen absichtlich ferngehaltene bisher demo- kratische Presse tappt denn auch angesichts ihrer Ueber- raschung völlig im Dunkeln. Zwar versuchen die im Hause Müllers erscheinenden Blätter fast dieselbe Begeisterung vor- zutäuschen, als wenn ein neuer Bogymath Mag Schmelings sich abrollte, aber zwischen den Zeilen kann man deutlich das Gefühl politischer Unsicherheit erkennen. Zwar wirft die „Vossische Zeitung“ nach die Frage auf, ob die ganze Partei ihrem Führer Koch bei seiner Seelenwanderung folgen werde. Aber es scheint, als ob sie selbst an eine Entschlußkraft des Restes der Demokratischen Partei nicht mehr glaube. Das gleiche leuchtet hervor aus den Abhandlungen des „Berliner Tageblatts“, das sich sehr skeptisch äußert:

„Fürs erste ist festzustellen, daß die neue Partei bisher weder eine breite noch eine sichere Grundlage hat. Sie sucht ihre An- hänger in den Reihen der Demokratischen Partei, der Deutschen Volkspartei und der Volksnationalen Reichsvereinigung, die die po- litische Firma des Jungdeutschen Ordens ist.“

An anderer Stelle aber wird in demselben Blatte eine

## Sozialdemokraten vor die Front!

Arbeitendes Volk von Berlin!

In einer Zeit schweren Ringens um die Demokratie und die sozialpolitischen Errungenschaften der Nachkriegszeit ruft die Sozial- demokratie zu einer

### großen Kundgebung am Freitag, dem 1. August, pünktlich 19<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr im Lustgarten.

Alljährlich scharen sich am 1. August die Klassenbewußten Pro- letarier Berlins um die rote Fahne der Sozialdemokratie, um gegen die Kriegstreiber zu protestieren. Die diesjährige Kundgebung für Völkerverständigung und Völkerverständigung steht auch im Zeichen des Reichstagswahlkampfes. Alle Arbeiter, Angestellten und Beamten werden gebeten, zu erscheinen, um gegen die Diktatur- gefülste der Reichsregierung Brüning-Troostmann flammenden Protest zu erheben.

#### Programm:

- Arbeiter-Vaterlandslied . . . . . Suchsdorf
- Gefang der Völker . . . . . Guggenbühler
- Ansprache: Arthur Crispian.
- Ich warte dein . . . . . Ahmann
- Die Internationale . . . . . Deganyter
- (Deutscher Arbeiter-Sängerbund.)

Arbeiter, Angestellte und Beamte!

## Auf zur Massenkundgebung!

vollständige Disziplinierung zu der neuen Partei vor- genommen:

Wir wünschen der Staatspartei Erfolg, weil wir die Atomisierung der bürgerlichen Mitte und Linken für ein Unglück halten und, wie gesagt, im allgemeinen Interesse des Parteilebens. Darüber hinaus geht unsere Beteiligung nicht, wir stehen den ver- gangenen und kommenden Ereignissen objektiv und ohne jede Bindung gegenüber. Das Maß der tätigen Sympathie, das wir der Staatspartei werden widmen können und wollen, hängt von ihrer weiteren Entwicklung ab, nicht zuletzt auch von der Kandidatenauswahl. Unsere politische Linie steht fest, unbekümmert um Untergang und Neuentstehen von Parteien, jeder kennt sie, sie ist republikanisch, demokratisch und sozial. Wir können, ist der Fall der Entscheidung, vor allem also bei Wahlen, gezeigten Parteien unterstützen, aber wir gehören keiner Partei an... .

Von den großen Blättern im Reich ist vor allem die „Kölnische Zeitung“ zu nennen, die man heute wohl als das größte der bisher volksparteilichen Organe bezeichnen darf. Sie hat schon seit längerer Zeit, auch gegenüber der Politik des Herrn Scholz, sich stark kritisch verhalten und man spricht davon, daß ihr Verleger Dr. Reven-Dumont zu den lebhaftesten Förderern der Neugründung gehöre. Sie lehnt es deshalb ab, anzuerkennen, daß es sich nur um eine Um- taufe der Demokratischen Partei handele:

„Es geht keineswegs an, von der „zur Staatspartei umge- tauchten Demokratischen Partei“ zu sprechen, wie es eine partei- amtliche Äußerung der Deutschen Volkspartei selber tut, um damit die ganze Bewegung von vornherein zu diskreditieren. Irgend- wo mußte einmal der Anfang gemacht werden, und wenn nun Demokraten und Volksnationale mehr Entschluß- kraft erwiesen haben als Volksparteiler und Wirtschaftsparteiler, so kann man das bedauern, aber doch nicht für ein Unglück erklären. Daß die „weitergehenden umfassenden Sammlungsbestre- bungen“ der Deutschen Volkspartei zum Erfolg führen werden, ist nach allem, was bisher darüber verlautete, nicht sehr wahrscheinlich. Ein Wahlblock ist keinesfalls schon eine Staatspartei. Und daß wir eine solche dringend nötig brauchen, ist auch in weltens volks- parteilichen Kreisen längst erkannt. Wir hoffen also, daß die erste Berührung bald einer vernünftigen Ueberlegung weichen wird, und dies kann nur zum Anschluß an die eingeleitete Bewegung führen.“

Wenn dem Wunsche der „Kölnischen Zeitung“ ent- sprechend wirklich noch die Deutsche Volkspartei in ihrer bis- herigen Zusammenfassung und ihren bisherigen Zielen sich der neuen Bewegung anschließen sollte, so wäre das für sie

insofern zwar nützlich, als ihre unvermeidliche Wahl- niederlage und völlige politische Pleite dadurch ver- schleiert würde. Gleichzeitig aber würde ein solcher Anschluß die Dinge noch klarer und einfacher gestalten, als sie schon durch den Beitritt der Dietrich und Fischer-Köln geworden sind. Bedeuten diese Namen schon ein Programm, das mehr besagt als die schönen Worte von einer „Synthese zwischen Schwarzweißrot und Schwarzrotgold“, so würde der Zustrom von der schwerindustriell-volksparteilichen Seite den „Plutokratismus“ noch stärker unter- streichen, der heute schon trotz Mahraun in der neuen Partei sich angemeldet hat.

Die Sozialdemokratie steht der Neugründung mit der Gelassenheit gegenüber, die ihr das Bewußsein ihrer eigenen geschlossenen Front gewährt. Sie sieht die bürgerlichen Parteien in voller Auflösung und Umgestaltung. Sie sieht ein Suchen nach neuen Programmen und neuen Zielen, sie sieht ein Ringen des be- hängigen Alten mit einer radikalisierten Jugend, die sich statt des kaiserlichen Adlers das Hakenkreuz als Symbol auf- gepflanzt hat.

Unbeirrt aber von dieser Auflösung bisheriger bürger- licher Ideologien und Parteigebilde geht die Sozialdemokratie ihren Weg. Gestützt auf das Vertrauen des arbeitenden Volkes in Stadt und Land, bleibt sie der einzige feste Faktor in der Rechnung des deutschen Politiks. Ihre Arbeit ist unabhängig von den Tagesparolen politischer Ge- schäftemacher. Sie hat nicht Ursache, das demokratische Banner zu verleugnen, das sie 60 Jahre lang unter schweren Verfolgungen dem deutschen Volke vorangetragen hat. Sie wird die Demokratie in der deutschen Republik verteidigen und sie wird die wirklich demokratischen Ele- mente des Bürgertums in Zukunft um dieses Banner jha ren, nachdem die letzte bürgerliche Partei ihren demo- kratischen Namen abgelegt hat. Vor allem aber wird sie, wie bisher, die Interessen der Werktätigen zu wahren wissen gegenüber allen Angriffen, von welcher Seite sie auch kommen mögen.

Die Sozialdemokratie ruft auf zu einer großen Wahlkundgebung, die am Freitag im Lustgarten er- folgen soll. Sie wird die alte Geschlossenheit und die alte Kampfeslust zeigen allen, die willens sind, die Zeichen der Zeit zu verstehen!



# Christlicher Schwindel.

Ein Produkt der Angst vor der Abrechnung.

Der Vorstand des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands, dessen Generalsekretär bis vor kurzem der jetzige Reichskanzler Brüning und dessen Vorsitzender der heutige Arbeitsminister Stegerwald war, erläßt einen Wahlausruf, der mit einem handgreiflichen Schwindel beginnt und auf ihm aufgebaut ist. Es heißt dort u. a.:

„Die Auflösung erfolgte, weil eine Mehrheit der Volkserziehung den Erfordernissen der Stunde verlagte. Die Schuld trifft vor allem die Sozialdemokratie, die sich mit völkischen und staatszerstörenden, den sozialen Volksstaat bewußt bekämpfenden Elementen im Widerstand gegen die Regierung zusammenschloß. . . Die Mehrheit des Reichstags hat ihre Pflicht gegenüber Volk und Demokratie nicht erfüllt. Das gilt vor allem von der Sozialdemokratie als der stärksten Gruppe dieser Mehrheit. Die Sozialdemokratie stellte sich im Reich mit antidemokratischen Gruppen gegen die Ordnung.“

Die christlichen Gewerkschaften haben doch wohl auch, wenigstens nach ihren Sagen, die Aufgabe, das Wohl der Arbeiter nicht gefährden zu lassen. In diesem Ausruf aber sehen sie die sozialreaktionäre Politik der Regierung Brüning der staatlichen Ordnung gleich! Während die Sozialdemokratie alles tat, um die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung und der Krankenversicherung zu verhindern, stellten sich die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, soweit sie dem Reichstage angehören, in Reih und Glied mit den Scharfmachern um Scholz und Trevisanus. Muthé doch sogar einer der ihren, der Zentrumsabgeordnete Schlaak, vor dem Reichstag bekennen, daß die Regierung Brüning die reaktionärste sei, die man seit der Revolution in Deutschland erlebt hat!

Wenn angesichts solcher Tatsachen der Vorstand des Christlichen Gesamtverbandes von einer „Schuld der Sozialdemokratie“ spricht, so ist das eine so offenbar bewußte Unwahrheit, daß sie nur aus dem Gefühl der Angst vor der endgültigen Abrechnung zu erklären ist. Die Verfasser des Ausrufs dürfen aber überzeugt sein, daß diese Abrechnung erfolgt. Auch den christlichen Arbeitern wird begreiflich gemacht werden, wo in Wirklichkeit die Schuld an dem „Verfagen“ des Reichstages lag und welche Arbeitervertreter die Interessen der sozialen Versicherungen preisgaben zugunsten sozialreaktionärer Scharfmacher. Darauf können sie sich verlassen.

# Kommunistischer Cliquenkampf.

Um die Spitzenkandidaturen.

Braunschweig, 28. Juli. (Eigenbericht.)

Bei den Braunschweiger Kommunisten tobt gegenwärtig ein erbitterter Cliquenkampf um die Spitzenkandidatur im Wahlkreis Hannover-Braunschweig.

Der Abgeordnete Müller, den Thälmanns Leute und Linientreue schon längst als „Abweichter“ und Rechtsopportunist hassen, soll abtreten, um dem von der Zentrale eingesetzten Sekretär Sczchia aus Altona Platz zu machen. Sczchia hat die Anwartschaft für die Spitzenkandidatur dadurch erworben, daß er in den Korruptionsjahren Thälmann-Wittig vertritt und als Günstling Leddys die hannoversche und braunschweigische Stahl-Filiale verwaltet. Neben Sczchia bemüht sich auch noch die aus der Sozialdemokratischen Partei ausgestretene Marie Reefe um ein kommunistisches Mandat. Ihre Hoffnung, in Hannover an die Spitze zu kommen, ist nicht in Erfüllung gegangen. Die kommunistische Parteibürokratie konnte die abtrünnige sozialistische Abgeordnete zwar brauchen, als sie mit einem Mandat desertierte und ins kommunistische Lager kam, aber heute, wo ihre mangelnde Anziehungskraft sich erwiesen hat, gilt sie unter den Parteibeamten nur als lästige Konkurrentin.

# Die Sicherheitsphrase.

Macdonald fordert Abrüstung ohne Phrasen.

London, 28. Juli. (Eigenbericht.)

In einer Arbeiterversammlung erklärte Macdonald über die Innen- und Außenpolitik: „Manches haben wir in harter, schwerer Arbeit erreicht. Es ist leicht, in Versammlungen Friedens- und Abrüstungsresolutionen zu verfertigen. Aber wenn man in einer Konferenz sitzt, zusammen mit Vertretern unabhängiger Nationen, die Traditionen haben, dann kann man nicht so leicht solche Traditionen wegwischen. Mit diesem Problem mußten wir uns 12 Monate herumschlagen.“

Nichtsdestoweniger fragen wir Freund und Feind, wenn wir die Abrüstung betrachten: haben wir nicht in dieser Frage einen gewaltigen Schritt vorwärts getan? Wir haben dem Weltfrieden zur See Einhalt geboten und das ist etwas. Wir haben bewiesen, daß alle großen Zerstörungsmittel, Kanonenschiffe und Giftgase niemals die Sicherheit eines Landes gewährleisten können. Was uns übrig bleibt, das ist, zu erreichen, daß die heutige materielle und tödende Art der Vandesicherung abgeschafft und ersetzt wird durch die geistigen und moralischen Mittel der Gerechtigkeit.“

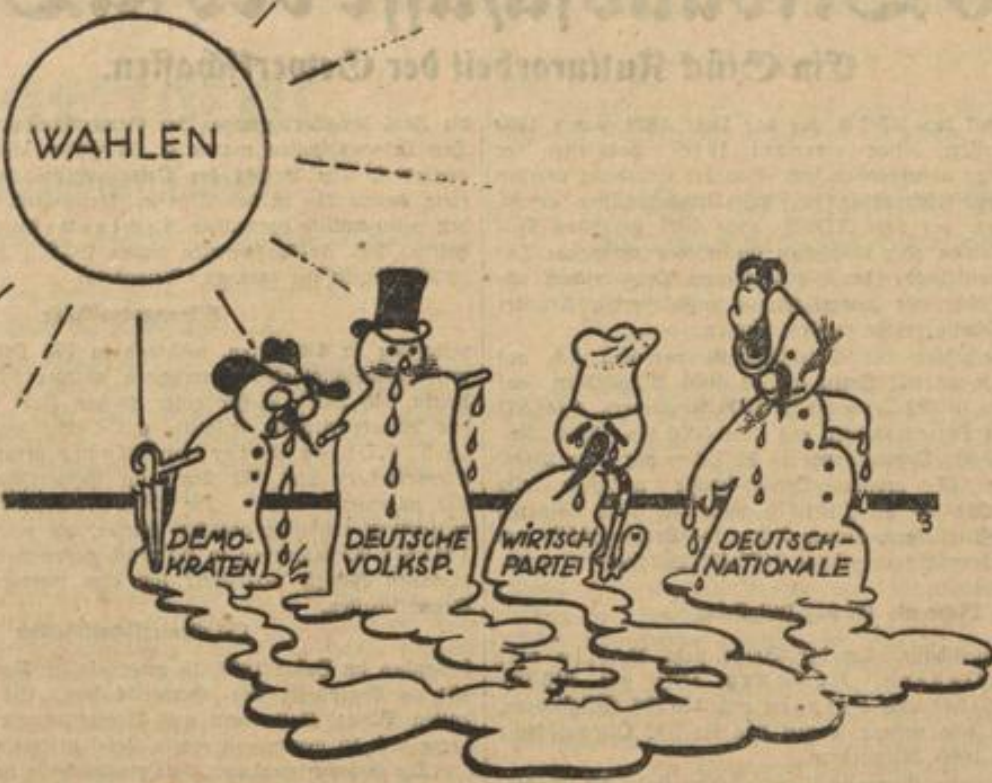
# Gasalarm in Lyon.

Paris, 28. Juli. (Eigenbericht.)

Die militärischen und zivilen Behörden der Stadt Lyon erteilten in einem Aufruf für die geplanten großen Gasmanöver am 29. Juli eingehende Informationen. Die Manöver haben den Zweck, als erster Probealarm die Luftverteidigung einer Großstadt gegen einen Gasangriff zu erproben. Als Zweck dieser Übung wird erklärt: „1. Die Übung soll ergeben, wie der Fliegeralarm rechtzeitig durch den Aufklärungsdienst gemeldet wird. 2. Sie soll ergeben, wie die Bevölkerung möglichst schnell in bereits vorher angelegte gasdichtere Unterstände gebracht und wie die Luftverteidigung von der Erde aus in Gang gesetzt wird. 3. Wie die Luftstreitkräfte in möglichst kurzer Zeit zum Gegenangriff gegen die feindlichen Flieger organisiert werden.“

Der Stadtkommandant von Lyon hat zur Durchführung der Übung den Oberbefehl über die Polizei, die Post und Telegraphen-Verwaltung, den Straßendienst, die Feuerwehr und sämtliche Hospitäler. Die Übungen, nachmittags 3 Uhr und 7 Uhr, sollen einen durchaus harmlosen Charakter haben und mit einer Rauch- und Gasentwicklung beschränkt sein, was die Engländer und die Italiener in den letzten Jahren bereits in London und Rom veranstaltet haben.

# Die Auflösung der bürgerlichen Parteien



Schmelzen sie oder verschmelzen sie?

# Flugblätter über Mailand.

Die Tat Baffanesis und ihre Folgen.

Italiengrenze, im Juli. (Eigenbericht.)

Der Polizeidirektor von Mailand ist verärgert worden. Das ist die erste offizielle Folge des antifaschistischen Fluges über Mailand. Es scheint festzustehen, daß die Polizeidirektion sofort, nachdem man sich über die abgeworfenen Flugblätter klar geworden war, den Befehl an den Flughafen gegeben hat, das Flugzeug abzuschießen. Als aber die Armeeflieger aufsteigen wollten, bemerkte man, daß die Maschinengewehre auseinandergenommen waren. Bis sie den Himmel Mailands vor den gefährlichen Manifesten verteidigen konnten, war das Flugzeug Baffanesis verschwunden. Ueber allen Arbeitervierteln hatte es Zehntausende von Flugblättern abgeworfen.

Das Verfolgen der Abwehr legt niemand in Verwirrung, denn man kennt die Desorganisation in allen faschistischen Diensten. Mussolini selbst kennt sie, und eben deshalb glauben die meisten, daß es ihm bei seinen Kriegsbefehlen nicht ernst sein kann. Was aber in Mailand in Verwirrung setzte, war

die ödliche Verfehlung der Miliz, die sich so ängstlich und koplos benahm, daß man im Publikum zunächst auf einen Fliegerangriff mit Giftgasen schloß.

Bei dem nachher beginnenden Regen um die Flugblätter hat die Polizei sehr wenig erreicht, denn die Leute wuhlen sie gut zu verstecken. Am Abend konnte man schon im Zentrum von Mailand für 50 Lire solche Flugblätter zum Andenken kaufen. Selbstverständlich hat man sich auch den Spaß gemacht, die Zettel über Nacht an den Häusern der bekanntesten Faschisten und an den öffentlichen Gebäuden anzukleben. Zum größten Ärger der Polizei fand man die Flugblätter am nächsten Tage auch in anderen Orten, so in Osteno bei Como und in Trigolo, wo sie zu einer Demonstration der Arbeitlosen Anlaß gaben. Da viele Zentner der kleinen Blätter abgeworfen wurden, ist anzunehmen, daß der „moralische Sprengstoff“ seinen Weg durch ganz Italien genommen hat.

Für den Faschismus hat dieser Flug über Mailand Bedeutung als politisches und politisches Problem. Man sagt sich, daß der Flieger, der Flugblätter abwarf, auch Bomben hätte abwerfen können. Wenn Mailand mit seinem riesigen Flughafen sich nicht schützen konnte, wie dann erst die kleineren Orte?

Vorläufig haben die Fliegerabteilungen von Mailand Befehl erhalten, in beständiger Bereitschaft zu sein, wie im Kriege.

Auf der Grenze zwischen dem politischen und dem politischen Problem liegt die internationale Seite der Frage. Welche Verantwortung trifft die Schweiz? Kann man ihr etwas zumuten, ebenfalls in ständiger Kriegsbereitschaft an der italienischen Grenze Nacht zu halten? Natürlich bemüht sich die faschistische Presse, eine Mitschuld der Schweizer Behörden nachzuweisen. Wenn sich aber Italien in Friedenszeiten durch seine eigenen Bürger bedroht fühlt, so kann das unmöglich die Nachbarstaaten zu besonderen Polizei- und Militärmassnahmen nötigen. Je mehr sich die Dinge in Italien zuspitzen,

je mehr aus dem latenten Bürgerkrieg gegen den Faschismus ein offener wird, um so schwieriger wird die Lage der Schweiz und um so mehr werden die anomalen Rechtsverhältnisse in Italien zu einem europäischen Problem.

Ein Staat mit Pressefreiheit, Versammlungsrecht und Stimmrecht wird sich nie und nimmer durch Flugblätter bedroht fühlen. Die Nachbarschaft des faschistischen Italien soll nun auf einmal die freie Schweiz zu einer ganz besonderen Grenzwaage verpflichten, wie sie unter Kulturändern kein Staat dem anderen schuldet!

Am schwersten mißt aber für den Faschismus die politische Seite der Angelegenheit. Es ist dieselbe Geheimorganisation „Giustizia e Libertà“ (Gerechtigkeit und Freiheit), die seit Monaten die Regierung in Sorge versetzt. Vergebens hat man gerade in Universitätskreisen Verhaftungen vorgenommen. Nirgendes ist man bis zu den Anknüpfungspunkten der Organisation gelangt. Duzende Professoren sitzen im Gefängnis.

Einige Tage nach dem Flug über Mailand sind dort sogar zwei Autos erschienen, die ebenfalls Flugblätter hinterließen, ohne daß man ihrer hätte habhaft werden können.

Das sind immerhin Anzeichen einer fortschreitenden antifaschistischen Organisationsform.

Auf die antifaschistische Propaganda antwortet der Faschismus mit verschärfter Reaktion, vor allem mit verschärfter Überwachung der Grenzen. Auch hier zeigt sich, daß alle Repressalien vergeblich sind, denn die Grenzüberbrechungen sind so zahlreich, wie nie zuvor. Gleichzeitig autorisiert der Faschismus heute die Auswanderung solcher Arbeiter, die er für faschistisch hält, weil das Land durch Not und Arbeitslosigkeit gezwungen ist, Leute herauszulassen. Auf dem Pariser Einigungsparteitag der italienischen Sozialisten hat man beschlossen, an diese „Auswanderung im Schwarzhandel“ propagandistisch heranzutreten, da es sich um junge Leute handelt, die noch kein Wort sozialistischer Propaganda gehört haben und die die faschistische Syntheskarte nur haben, weil man sie ihnen aufgezwungen hat.

Wir wollen es nicht dem Faschismus nachmachen, der von jeder Rede Mussolinis, von jeder neu eingeweihten Brücke eine neue Rede daziert. Immerhin wird man sagen können, daß der Flugblätterregen über Mailand in dieser Zeit schwerer Wirtschaftskrise und verschärfter Reaktion etwas Neues bedeutet: das

Sichzusammenballen der Unzufriedenheit und des Abscheus zur Tat.

Seit der Flucht Luffus, Roffellis und Mittis aus Sipari hat der Faschismus keine ähnliche Schlappe erlitten. Und heute wie damals hat er trotz aller Mut nicht Hand auf irgendeinen „Schuldigen“ legen können!

# Flucht aus Italien.

Paris, 28. Juli.

Die Fälle, daß Italiener auf der Flucht die französische Grenze überschreiten, sind an der Südgrenze Frankreichs bereits alltäglich. An der Küste von Korsika haben in der vergangenen Nacht nicht weniger als neun italienische politische Flüchtlinge, davon eine Frau, Schutz gesucht. Sie kamen auf zwei Motorbooten.

# Wer ins Land des Duce reißt . . .

Der kann dort etwas erleben.

Amsterdam, 28. Juli. (Eigenbericht.)

Der niederländische Kunstmalers Johannes Schmidt, politisch ein absolut unbeschriebenes Blatt, unternahm vor einigen Wochen mit seiner Frau eine Studienreise nach Italien. Am 1. Juli traf das Ehepaar in Livorno ein, wo Schmidt und seine Frau sofort verhaftet und ohne weiteres ins Gefängnis gebracht wurden. Schmidt mußte sich völlig entkleiden. Später gab man ihm nur die notdürftigsten Kleidungsstücke zurück und sperrte ihn dann mit drei Wachen, die allerlei auf dem Aerbholz hatten, in eine Zelle, die von Säulen und anderem ungeziefer wimmelte. Frau Schmidt lag in einer anderen Zelle gemeinschaftlich mit drei bereits abgeurteilten Mörderinnen. Bei seinem Verhör mußte Schmidt vernehmen, daß er des Antifaschismus verdächtig sei und auf der schwarzen Liste stehe. Obwohl das niederländische Konsulat in Livorno, wo der Konsul nicht einmal Niederländisch versteht, als auch das niederländische Konsulat in Rom liegen trotz erfolgter Benachrichtigung nichts von sich hören. Schmidt erwirkte für seine Frau und sich, daß sie sich Eisen aus einem benachbarten Restaurant kommen lassen durften. Am fünften Tage wurde das Ehepaar mangs photographiert, zugleich nahm man Fingerabdrücke, um bei der politischen Polizei der europäischen Länder nachzufragen. Es wurde

beiden nicht einmal erlaubt, ihren Kindern in Holland Nachricht zukommen zu lassen.

Frau Schmidt wurde am siebenten Tage in Freiheit gesetzt, war aber in dem Hotel, das ihr angewiesen war, ständiger Beobachtung ausgelegt. Am zehnten Tage gab man auch dem Manne die Freiheit zurück, da man in Rom wohl dahintergekommen war, daß man hier einen ungeheuerlichen Mißgriff begangen hatte. Das Ehepaar durfte indessen die Reise nicht auf dem bei Caol bezahlten Wege fortsetzen, sondern mußte nach Ventimiglia (französische Grenze) fahren, bis wohin ihnen auf Kosten des Malers Schmidt ein Kriminalbeamter beigegeben war.

Die ganze niederländische Presse verlangt scharfen Regierungsprotest in Rom.



Eine neue Verteidigertaktik.

Nun sollen Kommunisten in Röntgental geschossen haben.

Die Verteidigung hat wohl eingeesehen, daß sie mit der Behauptung der Angeklagten, die Reichsbannerleute hätten geschossen, keinen Staat machen kann. Sämtliche bisher vernommenen Zeugen bestreiten mit aller Entschiedenheit, daß von den Reichsbannerleuten geschossen worden ist.

So tauchte in der gestrigen Verhandlung auf den Verteidigerbänken plötzlich eine ganz neue Version auf: Gut, die Reichsbannerleute haben nicht geschossen; die Kommunisten haben aber am 3. Februar mit ihnen gemeinsame Sache gemacht.

Immer wieder wurden an die Zeugen Fragen nach angeblich im Lokal anwesenden Kommunisten gestellt.

Es waren aber nur die Brüder Seifers da, von denen einer selbst angehoren wurde. Allerdings gefielen sich zu den Reichsbannerleuten drei Kommunisten, die sich auf dem Heimwege von ihrem Restabend befanden, jedoch bereits nach dem Vorfall.

Nichts wird hier von uns verheimlicht.

Den Verteidigern ist von irgendeiner Seite ein Gespräch zugetragen worden, das angeblich nach der Sonnenabstimmung zwischen den Reichsbannerleuten geführt worden sein soll.

Der gefängniswürdige Todeskandidat. Selbstbezügungen eines am Leben Zerbrochenen.

In der Nacht vom 8. zum 9. November 1929 erweckte die Frau eines Billenbesizers von einem Geräusch, im nächsten Augenblick wurde sie von einer Taschenlampe geblendet, ein paar Hände umkullten ihren Hals, eine Stimme mahnte sie zur Ruhe: „Kriegen Sie sich doch nicht auf“.

Im Dezember verhaftete die Polizei den zwanzigmal vorbestraften 25jährigen B. wegen verschiedener Raubüberfälle. Er war geständig. Während er in Erwartung der Gerichtsverhandlung in Untersuchungshaft saß, kam die Kriminalpolizei plötzlich auf den Gedanken, ob B. auch nicht den Einbruch in der Dahlemer Villa begangen habe.

Wegen der Raubüberfälle wurde B. zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Bald darauf widerrief er den Einbruch in der Dahlemer Villa. Vor dem Schöffengericht Charlottenburg blieb er bei seinem Widerruf. Weshalb er sich selbst bezichtigt habe? Weil er eine hohe Gefängnisstrafe gewünscht habe.

Reichsbannerleute bestreiten aber, daß ein dazartiger Auspruch gefallen sei.

Dieser Kopfschmerz verursacht den Verteidigern auch der Notpfiff der Reichsbannerleute.

Lieg hätte mit der Patrouille vereinbart, daß sie im Falle der Gefahr den Pfiff ertönen lassen soll. Einige von den Zeugen wollen nicht wissen, daß der Pfiff das übliche Ruffignal der Röntgentaler Kameraden gewesen sei.

Endlich die außerordentlich verdächtigen Patrouillengänge der Reichsbannerleute. Die Erklärung, daß diese Patrouillengänge durch den Zeugen Werners Mitteilung von der Ankunft der zwölf Berliner Nationalsozialisten und durch die Befürchtung eines Ueberfalls veranlaßt worden seien, genügt den Verteidigern nicht.

Von den gestrigen Zeugen sind nur ganz kurz zu erwähnen die Reichsbannerleute Werner, Zimmer und Bohnenstengel. Der 30jährige Bantangeestellte Werner war es, der die Ankunft der zwölf Berliner Nationalsozialisten beobachtete und seinen Kameraden davon Mitteilung machte.

rollte dieser 25jährige 20mal vorbestrahte tuberkulöse Mensch ein Lebensschicksal, dessen Tragik erschütterte. Sohn eines wohlhabenden Kaufmanns, geriet er mit den Eltern in Zwistigkeiten. Nach kurzem Besuch der Dienerschule in Frankfurt a. M. entließ er und fand sich seitdem nicht mehr zurecht.

Die Verhandlung ergab keine schlüssigen Beweise für B.s Täterschaft. Der Sachverständige, Dr. Becker, berief sich in seinem Gutachten auf der gerichtsnotorisch feststehenden Selbstbezügung von 1927 und hielt nach der ganzen psychopathischen Konstitution des Angeklagten eine Selbstbezügung auch in diesem Falle durchaus nicht für ausgeschlossen.

SINCLAIR LEWIS DER ERWERB ROMAN

Ein halbe Stunde lang war sie ganz Feuer und Flamme für einen einzigen, begeisterten Gedanken: „Warum sollte ich nicht tatsächlich großen Erfolg im Geschäft haben, jetzt, da ich mich der Sache doch ganz widmen kann?“

„Wie ich diese Briefe über Einfamilienhäuser habe!“ Sie preßte die Fingerringe gegen ihre Stirne, um sich das Problem der Frau ohne Ausstehen im Zeitalter der Industrie besser vergegenwärtigen zu können.

Sie war die „Durchschnittsfrau, die im Beruf steht“; sie dachte in Begriffen von Geld und Stellungen; doch war sie eins mit all den Männern und Frauen, jung und alt, die ein neues Zeitalter schufen.

II. Das Büro.

Neuntes Kapitel.

Man sagt, der Schmerz adle den Menschen. Aber es ist meist ein unruhiger Adel. Beweis dafür ist die Witwe, die ihre muffige Trauerkleidung ihr ganzes Leben lang theatralisch trägt. Beweis: die Mutter eines Sohnes, der im Kriege fiel, die von seinen Kameraden verlangt, sie mögen aller Söhne Mütter auf der Feindeseite in Trauer stürzen.

Schmerz ist ein lähmendes Gift. Er brach Unas Widerstandskraft gegen die Last des Büros. Das war keine gesunde Arbeit, in der man heiliges Vergessen finden konnte.

Manchmal lief sie zu den Sessions hinüber, aber die guten Leute langweilten sie mit der Annahme, daß sie darauf brenne, alle Neuigkeiten aus Panama zu hören.

Ihre beinahe hysterische Angst vor der Nacht der Stadt wurde durch den täglichen Kontakt mit den lärmenden Straßen, überfüllten Fahrstühlen, von wilder Hast belebten Speisehäusern und vor allem durch ihre Erfahrungen auf der Untergrundbahn verschärft.

Una stand eingezwängt neben einem jungen Mann, der sich so dicht, als er es nur magte, an sie preßte, und einem geschneitelten Kammiss, der sich gegen ihre Brust lehnte.

Das Bedürfnis, Menschen um sich zu haben, veranlaßte Una, ihre Möbel zu verkaufen und aus der Wohnung in eine Pension zu übersiedeln.

Sie vermied es, Frau Sessions Rat einzuholen. Sie war überzeugt, daß Frau Sessions geschäftig herumjucken würde, bis sie eine anständige Unterkunft für sie gefunden hätte.

Sie konnte nur einen winzigen Teil New Yorks und die paar Restaurants und Theater, die ihr Walter gezeigt hatte.

„Wie die Untergrundbahn, so waren auch die Mittagsmahlzeiten, wo man seine Ellbogen gebrauchen mußte, ungeschlieflich ein unsauberes Essen in den Restaurants zu ergattern.“

„Wie die Untergrundbahn, so waren auch die Mittagsmahlzeiten, wo man seine Ellbogen gebrauchen mußte, ungeschlieflich ein unsauberes Essen in den Restaurants zu ergattern.“

den Ausführungen des Rechtsanwalts Dr. Halpert und sprach dem Angeklagten frei.

Tatsächlich ein am Leben Zerbrochener. In dem Gerichtssaal war er aus dem Sessel vorgeführt.

Der amerikanische Leo.

Ein Weißschwindlerkonsortium vor Gericht.

Am Donnerstag wird sich das Schöffengericht Berlin-Mitte mit einem Schwindlerkonsortium zu beschäftigen haben, das einem Bankstraftanten die von ihm veruntreuten Gelder restlos abgeschwindelt hat.

Im Mittelpunkt dieses Konsortiums stand der aus Frankreich gebürtige Leo Debras, der den Spitznamen „Amerikanischer Leo“ führt.

Der Hauptangeklagte Leo Debras hat eine sehr bewegte Vergangenheit. Er ist 1890 in Lyon geboren, geriet aber bald nach Kriegsausbruch in deutsche Gefangenschaft.

Die Angeklagten Wintler und Fiedler hatten sich bis vor kurzem in Paris aufgehalten, sind aber jetzt, nachdem ihnen vom Gericht freies Geleit zugesichert worden war, freiwillig zurückgekehrt.

Der Hauptangeklagte Leo Debras hat eine sehr bewegte Vergangenheit. Er ist 1890 in Lyon geboren, geriet aber bald nach Kriegsausbruch in deutsche Gefangenschaft.

Die Angeklagten Wintler und Fiedler hatten sich bis vor kurzem in Paris aufgehalten, sind aber jetzt, nachdem ihnen vom Gericht freies Geleit zugesichert worden war, freiwillig zurückgekehrt.

Der Hauptangeklagte Leo Debras hat eine sehr bewegte Vergangenheit. Er ist 1890 in Lyon geboren, geriet aber bald nach Kriegsausbruch in deutsche Gefangenschaft.

Die Angeklagten Wintler und Fiedler hatten sich bis vor kurzem in Paris aufgehalten, sind aber jetzt, nachdem ihnen vom Gericht freies Geleit zugesichert worden war, freiwillig zurückgekehrt.

Der Hauptangeklagte Leo Debras hat eine sehr bewegte Vergangenheit. Er ist 1890 in Lyon geboren, geriet aber bald nach Kriegsausbruch in deutsche Gefangenschaft.

Die Angeklagten Wintler und Fiedler hatten sich bis vor kurzem in Paris aufgehalten, sind aber jetzt, nachdem ihnen vom Gericht freies Geleit zugesichert worden war, freiwillig zurückgekehrt.

Der Hauptangeklagte Leo Debras hat eine sehr bewegte Vergangenheit. Er ist 1890 in Lyon geboren, geriet aber bald nach Kriegsausbruch in deutsche Gefangenschaft.

Die Angeklagten Wintler und Fiedler hatten sich bis vor kurzem in Paris aufgehalten, sind aber jetzt, nachdem ihnen vom Gericht freies Geleit zugesichert worden war, freiwillig zurückgekehrt.

Der Hauptangeklagte Leo Debras hat eine sehr bewegte Vergangenheit. Er ist 1890 in Lyon geboren, geriet aber bald nach Kriegsausbruch in deutsche Gefangenschaft.

Die Angeklagten Wintler und Fiedler hatten sich bis vor kurzem in Paris aufgehalten, sind aber jetzt, nachdem ihnen vom Gericht freies Geleit zugesichert worden war, freiwillig zurückgekehrt.

Der Hauptangeklagte Leo Debras hat eine sehr bewegte Vergangenheit. Er ist 1890 in Lyon geboren, geriet aber bald nach Kriegsausbruch in deutsche Gefangenschaft.

Die Angeklagten Wintler und Fiedler hatten sich bis vor kurzem in Paris aufgehalten, sind aber jetzt, nachdem ihnen vom Gericht freies Geleit zugesichert worden war, freiwillig zurückgekehrt.

Der Hauptangeklagte Leo Debras hat eine sehr bewegte Vergangenheit. Er ist 1890 in Lyon geboren, geriet aber bald nach Kriegsausbruch in deutsche Gefangenschaft.

Die Angeklagten Wintler und Fiedler hatten sich bis vor kurzem in Paris aufgehalten, sind aber jetzt, nachdem ihnen vom Gericht freies Geleit zugesichert worden war, freiwillig zurückgekehrt.

Der Hauptangeklagte Leo Debras hat eine sehr bewegte Vergangenheit. Er ist 1890 in Lyon geboren, geriet aber bald nach Kriegsausbruch in deutsche Gefangenschaft.

Die Angeklagten Wintler und Fiedler hatten sich bis vor kurzem in Paris aufgehalten, sind aber jetzt, nachdem ihnen vom Gericht freies Geleit zugesichert worden war, freiwillig zurückgekehrt.

Der Hauptangeklagte Leo Debras hat eine sehr bewegte Vergangenheit. Er ist 1890 in Lyon geboren, geriet aber bald nach Kriegsausbruch in deutsche Gefangenschaft.

Die Angeklagten Wintler und Fiedler hatten sich bis vor kurzem in Paris aufgehalten, sind aber jetzt, nachdem ihnen vom Gericht freies Geleit zugesichert worden war, freiwillig zurückgekehrt.

Der Hauptangeklagte Leo Debras hat eine sehr bewegte Vergangenheit. Er ist 1890 in Lyon geboren, geriet aber bald nach Kriegsausbruch in deutsche Gefangenschaft.

Die Angeklagten Wintler und Fiedler hatten sich bis vor kurzem in Paris aufgehalten, sind aber jetzt, nachdem ihnen vom Gericht freies Geleit zugesichert worden war, freiwillig zurückgekehrt.

Der Hauptangeklagte Leo Debras hat eine sehr bewegte Vergangenheit. Er ist 1890 in Lyon geboren, geriet aber bald nach Kriegsausbruch in deutsche Gefangenschaft.

Die Angeklagten Wintler und Fiedler hatten sich bis vor kurzem in Paris aufgehalten, sind aber jetzt, nachdem ihnen vom Gericht freies Geleit zugesichert worden war, freiwillig zurückgekehrt.









## Weltkrise und Wirtschaftspolitik.

### Die Diktaturregierung ohne Augenmaß.

Seit einiger Zeit spielt die wirtschaftliche Weltkrise in der politischen Diskussion eine ziemlich große Rolle. Mehr als einmal hatten auch die Minister der Brüning-Regierung auf die wirtschaftliche Weltkrise Bezug genommen, um die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage in Deutschland zu beleuchten. Dagegen ist nichts einzuwenden. Eine wirtschaftliche Weltkrise ist da, ihre Auswirkungen in der deutschen Wirtschaft sind unverkennbar, und sie sind verhängnisvoll. Eine andere Frage ist, ob die Pflicht eines Wirtschaftspolitikers schon damit erfüllt ist, daß er die Abhängigkeit der Wirtschaft seines Landes von der momentanen Lage auf dem Weltmarkt eingesehen hat. Es kommt ja nicht bloß auf eine richtige Erkenntnis an, sondern auch vor allem darauf, daß aus dieser Erkenntnis auch die nötigen Schlussfolgerungen für das Handeln gezogen werden. Von solchen Schlussfolgerungen merkt man aber bis jetzt sehr wenig. Das ist gewiß kein Zufall und ist nicht nur auf den — ohne Zweifel vorhandenen Mangel an wirtschaftlichem Verständnis zurückzuführen. Es sind vielmehr politische Gründe, die es der Regierung Brüning unmöglich machen, die wirtschaftspolitischen Konsequenzen aus dem Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland und der Lage auf dem Weltmarkt zu ziehen, und es gehört zu den Aufgaben des bevorstehenden Wahlkampfes, die Bildung einer Regierung zu ermöglichen, die den großen wirtschaftspolitischen Aufgaben der Zeit gewachsen sein wird.

#### Zum erstenmal seit dem Kriege stehen wir vor der Tatsache einer Weltkrise.

d. h. einer Krise, die in solchem Maße alle Länder der kapitalistischen Welt ergreift, daß sie als Weltkrise bezeichnet werden kann. Aus dieser Tatsache wird vor allem ersichtlich, daß sich der Weltmarkt, der durch den Krieg zerrissen und desorganisiert war, schon wieder hergestellt hat und nicht nur als ein Begriff, sondern als eine greifbare Realität existiert. Zugleich ist diese Krise die eigentliche Nachkriegskrise, in welcher alle die tiefen wirtschaftlichen Verschleudungen und Störungen, die durch den Krieg bewirkt wurden, zum Ausdruck kommen; die eigentliche Nachkriegskrise, die ausbrach, nachdem eine Reihe von partiellen und namentlich Währungsstreifen schon zum Abschluß gelangt war. Diese Krise ist mit anderen Worten nicht nur eine von den üblichen Krisen, ohne die die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft unentbehrlich ist und in welchen sich dieser Wirtschaft innewohnende Widersprüche in einer zugespitzten Form auszutoben pflegen, sondern sie ist zugleich die große Krise, die aus den durch den Krieg bewirkten wirtschaftlichen Disproportionalitäten entstehen mußte.

Während des Krieges erweiterten sich die Produktionsmittelindustrien samt der Gewinnung der dazugehörenden Rohstoffe in einem unerhörten Maße. Diese Produktionserweiterung wurde nur zu einem verhältnismäßig geringen Teil durch die Nachfrage nach den Produktionsmitteln bestimmt, sie diente vielmehr zum größeren Teil der eigentümlichen Form des Verbrauchs: es wurden nämlich in den Produktionsmittelindustrien die Kriegsmaterialien erzeugt, die sofort verbraucht wurden. Von irgendwelcher Proportionalität in der Entwicklung einzelner Zweige der Wirtschaft konnte gar keine Rede sein. Auf die künftige Gestaltung des Marktes wurde keine Rücksicht genommen. Einige Teile der Wirtschaft haben sich, um der durch den Krieg entstandenen Nachfrage zu entsprechen, in solchem Maße ausgebaut, daß die stärkste Disproportionalität im Verhältnis zu den übrigen Teilen für längere Zeit vorausbestimmt war. Trotzdem ist der Ausbau der Produktionsmittelindustrien in verschiedenen Ländern auch nach dem Kriege noch weitergegangen.

#### Am unspannigsten wurde die Kapazität in Deutschland ausgebaut.

wo man innerhalb der neuen Grenzen noch einmal die lohnbringende und die zugrundeliegende Schwerindustrie ausgebaut hat. Dies wurde wesentlich dadurch ermöglicht, daß der Weltmarkt noch nicht funktionierte und verschiedene Länder wirtschaftlich mehr oder weniger isoliert lebten. Die danach folgende Periode der Anpassung an die Konkurrenzbedingungen auf dem sich wiederherstellenden Weltmarkt und der Versuche, die unzähligen Fehlinvestitionen wieder gutzumachen — bei uns die Zeit der intensiven Rationalisierung — brachte wiederum eine starke Beschäftigung für die Produktionsmittelindustrien und förderte damit ihren weiteren Ausbau, ohne daß durch die entsprechende Steigerung der Kaufkraft der letzten Verbraucher Voraussetzungen für die künftige Steigerung der Nachfrage auch für die Produktionsmittel geschaffen wurden.

Die Weltkrise, die zunächst als Ueberproduktion an den Rohstoffen in Erscheinung trat, beeinflußt nicht alle Länder in gleichem Maße. Wir beobachten vielmehr in verschiedenen Ländern verschiedene

#### Abstufungen der wirtschaftlichen Depression.

Das ist einmal durch das Maß und durch die Art der Verbundenheit jedes Landes mit dem Weltmarkt bedingt, nicht zuletzt aber auch dadurch, daß jedes einzelne Land seine eigenen inneren Widersprüche entwickelt hat. Man darf wohl sagen, daß jedes oder fast jedes kapitalistische Land, welches durch die Weltkrise getroffen wird, zugleich seine eigene Krise hat. Für Deutschland ist das auf jeden Fall in einem sehr hohen Maße richtig. Um so weniger darf man übersehen, daß diese deutsche Krise nicht nur zeitlich mit der Weltkrise zusammenfällt, sondern auch in ihrer Entwicklung durch die Weltkrise wesentlich bestimmt und selbst einer von den wesentlichen Faktoren der Entwicklung auf dem Weltmarkt ist.

#### Die notwendige Schlussfolgerung ist, daß die deutsche Wirtschaftspolitik weltwirtschaftlich orientiert sein muß.

wenn sie erfolgreich sein soll. Weltwirtschaftlich und, was ebenso wichtig ist, volkswirtschaftlich zugleich. Nun ist die Regierung Brüning offensichtlich eine Regierung, die für solche Wirtschaftspolitik am wenigsten geeignet ist. Von Anfang an in die Gejungenhaft der kleinen und kleinsten Interessengruppen geraten, um die Gunst der Kreise werbend, denen jedes Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge fehlt, hat sie schon durch ihre ersten wirtschaftspolitischen Maßnahmen nicht nur den Widerstand der Arbeiterschaft, sondern auch den schärfsten Protest des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hervorgerufen.

In einer Zeit, wo die großzügige und zugleich elastische Handhabung des schwierigen Instruments der Handelspolitik besonders nützlich, macht diese Regierung durch ihre großagrarische Kurpfuscherei jeden handelspolitischen Fortschritt (und die wirkliche Gesundung der Landwirtschaft auch) schlechthin unmöglich, ja, beschwört sogar die Gefahren starker Rückschläge herbei. Sie zeigt zwar in ihrer neuen Notverordnung das Verständnis dafür, daß die ausländische Konkurrenz als Mittel, den Preis-

abbau zu erzwingen, benutzt werden kann, scheint aber gar nicht zu verstehen, daß in solchen Fällen nur das rasche Handeln die erwünschten Wirkungen haben kann, wie sie es überhaupt noch nicht verstanden hat, daß sich wiederholende Ankündigungen einer geheimnisvollen Preisabbauaktion nur dazu eignen, auch die noch vorhandene Kaufkraft lahmzulegen. — wer wird heute teuer kaufen, wenn schon für morgen billige Preise versprochen werden? — den Zustand der Unsicherheit und damit die Depression zu verlängern.

#### Es ist eine erschreckende politische Pleite des deutschen Kapitalismus.

daß er, durch den Haß gegen die sozialpolitischen Erregenschaften der Arbeiterschaft geleitet, anstatt einen Versuch zu machen, sich den Notwendigkeiten der fortschreitenden wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung anzupassen, die ganze deutsche Wirtschaftspolitik in dieser schwierigen Zeit den ostelbischen Großgrundbesitzern, den Gastwirten und Kleinhandlern, die der Wirtschaftspartei folgen, und den bayerischen Bierpolitikern ausgeliefert hat. Das Ergebnis ist eine Lehre, die leider von der deutschen Wirtschaft und namentlich von der Arbeiterschaft sehr teuer bezahlt werden muß — nämlich die uns längst bekannte Wahrheit, daß ohne und gegen die Arbeiterschaft, also ohne und gegen die Sozialdemokratie keine volks- und weltwirtschaftlich orientierte Politik möglich ist. Es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß diese so teuer bezahlte Lehre den breiten Massen bewußt wird und den Ausgang des bevorstehenden Wahlkampfes beeinflusst.

## Ufa und Tonfilm.

### Zwanzig Millionen für die Umstellung — Das Hollywood-Monopol gebrochen?

In der Jahresversammlung der Ufa-Berliner und Theaterleiter machte Generaldirektor Alisch Mitteilungen über die Entwicklung der Ufa in den letzten Jahren, die auch für die allgemeine Filmwirtschaft von Interesse sind. Die Ufa habe sich im Frühjahr 1929 unter Uebernahme größter Risiken zur Umstellung auf die Tonfilmproduktion entschlossen. In den letzten vergangenen 16 Monaten habe die Ufa Hunderte von eigenen Patenten angemeldet, die Herstellung farbiger Tonfilme nach eigenen Verfahren sei vorbereitet, mit der Lieferung einer tönenden Wochenschau soll bereits in den nächsten Monaten begonnen werden.

Bis zum 31. Mai d. J., dem Schluß des Geschäftsjahres 1929/30, habe die Ufa in die Tonfilmproduktion 11 Millionen investiert, außerdem für den Bau und Umbau der Ateliers weitere 4 Millionen, für die Ausstattung der Ufa-Theater mit Klangfilmvorführungsapparaten wieder 4 Millionen, so daß 19 bis 20 Millionen Mark für die Umstellung des Ufa-Konzerns auf die Tonfilmproduktion verwendet worden seien, die bis auf rund 3 Millionen Mark aus eigenen Mitteln gedeckt wurden. (Hoffentlich sieht die Bilanz entsprechend gut aus.)

Der Tonfilm habe insbesondere für die Amerikaner eine völlige Ummwälzung gebracht. Die bedeutsame Rolle und die wachsende Monopolstellung Hollywoods seien ausgedehnt mit dem stummten Film verbunden gewesen. Wenn die amerikanische Filmindustrie die Aufnahme von Tonfilmen in nicht englischer Sprache vernachlässigen würde, müßte sie ihre nicht englisch sprechenden Absatzgebiete zu einem großen Teil verlieren. Die Aufnahme fremdsprachiger Tonfilme in Hollywood werde aber auf eine Mindestzahl beschränkt bleiben müssen, da es technisch kaum möglich sei, die vielen europäischen Schauspielersätze, die für jeden Tonfilm neu zusammengestellt werden müßten, nach Hollywood zu expedieren. Das sei der Monopolstellung Hollywoods abträglich, für die deutsche Filmproduktion, damit auch für die Ufa aber sehr günstig, besonders nachdem die zentrale Lage Deutschlands für das Europagebüß eine gute Grundlage bedeute.

### 40 Proz. Weizenvermahlung für August

Mit Rücksicht auf die Verzögerung der Weizenermie in maßgeblichen Anbaugebieten hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft zunächst von der Festsetzung einer starren Vermahlungsquote für den Monat August abgesehen. Damit tritt der in § 1 des Vermahlungszwangsgesetzes vorgesehene Befehl ein, daß in der Zeit vom 1. August bis zum 30. September 1930 mindestens 40 Proz. Inlandsweizen zu vermahlen ist. Es bleibt vorbehalten, bereits im Laufe des Monats August einen höheren Vermahlungssatz festzusetzen, wobei die für die ersten beiden Augustwochen geltende Quote zu verrechnen sein wird.

### Ueberraschungen der Schuhindustrie. Gedrittelle Einfuhr. — Um 60 Prozent erhöhte Ausfuhr.

Am Juni 1930 wurden 105 957 Paar Lederschuhe (gegen 155 899 Paar im Juni 1929) nach Deutschland eingeführt. Dies bedeutet einen Rückgang um 32 Proz. Gegenüber dem Vormonat mit 104 498 Paar ist die Einfuhr nahezu gleichgeblieben. Die Ausfuhr von Lederschuhfabriken stellte sich im Juni auf 249 090 (174 256) Paar. Es wurden also 43 Proz. mehr Lederschuhe ausgeführt als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Gegenüber dem Mai 1930 mit einer Ausfuhr von 327 465 Paar ist indessen ein Rückgang von 23,5 Proz. zu verzeichnen.

Der Wert der Lederschuhausfuhr stellte sich im Juni auf 1 153 000 M., der Lederschuhausfuhr auf 2 591 000 M. Es ergibt sich somit im Juni ein Aktivoaldo von 1 438 000 M. und ein mengenmäßiger Ausfuhrüberschuß von 143 123 Paar. Für das erste Halbjahr 1930 ergibt sich bei einer Ein-

fuhr von 498 598 (erstes Halbjahr des Vorjahres 1 658 868) Paar und einer Ausfuhr von 2 005 718 (1 177 236) Paar ein Aktivoaldo von 1 507 120 Paar gegen ein Passivoaldo von 481 632 Paar im ersten Halbjahr 1929. Wertmäßig stellte sich die Einfuhr im ersten Halbjahr 1930 auf 5 763 000 (15 576 000) M., die Ausfuhr auf 21 060 000 (13 610 000) M., was einem Aktivoaldo von 15 297 000 M. gegenüber einem Passivoaldo von 1 966 000 M. im ersten Halbjahr 1929 entspricht!

Diese Ziffern zeigen eine ganz unerwartet günstige Entwicklung der deutschen Schuhindustrie. Es zeigt sich von neuem, daß die Schuhzölle überflüssig waren und die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Schuhfabriken in ganzouller Weise gesteigert wurde.

## Der U.S.A.-Vormarsch.

### Die amerikanische Elektroindustrie dringt weiter vor.

Im April war zwar die amerikanische Ausfuhr elektrischer Maschinen und Apparate infolge der internationalen Absatzkrise etwas zurückgegangen, war jedoch insgesamt in den ersten vier Monaten des Jahres 1930 um einige Millionen Mark höher als in der gleichen Zeit 1929.

Inzwischen sind die großen Elektrozugwerke ununterbrochen damit beschäftigt, ihre ausländischen Stützpunkte zu verfestigen. Nachdem in den letzten beiden Jahren die General Electric Co. in Deutschland, Schweden, England, Spanien usw. wichtige Beteiligungen erworben hatte, ist es in der letzten Zeit Amerikas zweitgrößter Elektrozugwerk, die Westinghouse Electric and Manufacturing Co., dessen Auslandsvorbringen bemerkenswert ist. Er schloß mit einer großen englischen Firma, der English Electric Co., einen Interessengemeinschaftsvertrag (Austausch von Patenten und Erfahrungen) und wird sich auch am Aktienkapital dieses englischen Konzerns beteiligen. Ferner beteiligte er sich an der Gründung einer spanischen Elektrofirma gemeinsam mit einer spanischen Gesellschaft. Der Westinghouse-Konzern, der bekanntlich eng mit Siemens-Schuckert zusammenarbeitet, hat außerdem seit einer Reihe von Jahren Vertragspartner in Italien, Norwegen, der Tschechoslowakei, Japan usw. und besitzt in Kanada eine große Fabrikationsstätte. In Frankreich arbeitet er mit dem bekannten Rüstungs- und Maschinenbaukonzern Schneider-Crescent zusammen, mit dem er gemeinsam an einer großen elektrotechnischen Gesellschaft beteiligt ist.

Einen wichtigen Vorstoß der amerikanischen Elektroindustrie bedeutet auch eine Kapitalerhöhung der American and Foreign Power Co. (Amerikanische und Ausländische Kraftgesellschaft), wodurch dieser Gesellschaft rund 100 Millionen Mark neue Geldmittel zufließen. Diese Gesellschaft ist diejenige Dachgesellschaft für Elektrizitätsunternehmungen, die in den letzten Jahren so überaus große Eroberungslust gezeigt hat und die Amerikanisierung zahlreicher Elektrizitätsgesellschaften in Chile, Argentinien, Brasilien, Venezuela, Kolumbien, Mexiko, Kuba, China, Indien usw. durchführte. Sie ist eine Tochtergesellschaft der Electric Bond and Share Co., von der eine enge Zusammenarbeit mit der General Electric Co. bekannt ist. Diese Zusammenarbeit kommt darin zum Ausdruck, daß die von ihr kontrollierten zahlreichen Elektrizitätsgesellschaften die Aufträge für neue Maschinen fast ausschließlich an die General Electric Co. vergeben. Man kann daher die neuen 100 Millionen, die der American and Foreign Power Co. jetzt zufließen und die zweifellos in weiteren Auslandsbeteiligungen angelegt werden sollen, als eine Fortsetzung dieser großzügigen Exportfinanzierung ansehen, die sich heute in einem ansehnlichen Umfang keine europäische Elektrofirma mehr leisten kann.

In die Reihe dieser Expansion gehört auch der Vormarsch des International Telephone and Telegraph-Konzerns, der ja außer über Nachrichtengesellschaften auch über weitreichende fabrikatorische Interessen verfügt. Nach dem Eindringen in die deutsche Schwachstromindustrie und der Erwerbung der rumänischen Fernsprechkonzession hat er eine Schanghaier Telefongesellschaft erworben, die ein Gebiet zu verlagern hat, in dem fast 1,2 Millionen Menschen leben. Ferner hat die diesem

# 2 Ratschläge für die Schönheitspflege auf der Reise

**1. Zur natürlichen Bräunung der Haut** fette man vor und nach der Besonnung die Haut, insbesondere Gesicht und Hände, mit Creme Leodor gründlich ein; man erzielt dann ohne schmerzhaftes Rötung eine gesunde, sonnengebräunte Hautfärbung. — Creme Leodor, Tube 60 Pf. und 1 Mark, Leodor-Edel-Seife 50 Pf. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

**2. Zur Erlangung schöner weißer Zähne** putze man früh und abends die Zähne mit der herrlich erfrischenden Zahnpaste Chlorodont, die auch an den Seitenflächen mit Hilfe der Chlorodont-Zahnbürste einen elfenbeinartigen Glanz erzeugt. — Chlorodont-Zahnpaste, Tube 60 Pf. und 1 Mk., Chlorodont-Zahnbürste 1 Mark, Chlorodont-Mundwasser 1 Mark.

